

993. Sitzung des Bundesrates am 18. September 2020: Die wichtigsten Ergebnisse

Der Bundesrat hat in seiner 993. Sitzung am 18. September 2020, 94 Tagesordnungspunkte behandelt. Hamburg war durch Ersten Bürgermeister Dr. Tschentscher, Senator Dr. Dressel und Staatsrätin Möller vertreten.

Zum Ergebnis der Sitzung wird folgendes mitgeteilt:

A. Gesetzesbeschlüsse des Bundestages

TOP 92 a Gesetz zur Änderung des **Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h)**

TOP 92 b Gesetz zur **finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Län-
der**

Mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes werden die Möglichkeiten des Bundes erweitert, den Kommunen ab 2020 finanzielle Entlastung durch eine dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie einmalige gezielte Hilfe zum kurzfristigen pauschalen Ausgleich massiver Gewerbesteuermindereinnahmen zu gewähren.

Die Zustimmung erfordert eine 2/3 Mehrheit. Der Bundesrat hat dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

TOP 92 b Die Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie betreffen kurzfristig und unmittelbar die Haushalte aller Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland. Da viele Unternehmen in der Krise erhebliche Umsatzrückgänge verzeichnen, müssen die Kommunen mit wesentlich geringeren Einnahmen aus der Gewerbesteuer rechnen. Um diese zu erwartenden Steuerausfälle zu kompensieren, gewährt der Bund den Gemeinden für dieses Jahr einen pauschalen finanziellen Ausgleich. Darüber hinaus wird der Bund zur weiteren Stärkung der Finanzkraft der Kommunen einen größeren Anteil der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen. Eine Bundesbeteiligung an diesen Kosten ist aktuell durch das Grundgesetz auf unter 50 Prozent begrenzt. Künftig soll diese Grenze bei 75 Prozent liegen.

Der Bundesrat hat dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

TOP 94 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die **Entschädigung für Strafver-
folgungsmaßnahmen**

Mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetz wird der Tagessatz der Entschädigung von unschuldig Inhaftierten von 25 Euro auf 75 Euro angehoben. Haftentschädigungen werden gezahlt, wenn eine Freiheitsentziehung zu Unrecht erfolgt ist. Das betrifft beispielsweise Untersuchungsgefangene,

deren Verfahren eingestellt wird oder die freigesprochen werden. Auch nach einer rechtskräftigen Verurteilung können Betroffene Haftentschädigung bekommen, wenn ein Wiederaufnahmeverfahren mit Freispruch oder Aufhebung der Strafe endet.

Der Bundesrat hat dem Gesetz mit den Stimmen Hamburgs zugestimmt.

B. Initiativen der Länder

TOP 11 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **§ 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz**

Der Gesetzentwurf der Länder Berlin und Thüringen soll die Durchführung von Landesaufnahmeprogrammen erleichtern. Das Aufenthaltsgesetz ermöglicht bereits jetzt die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten auf Grundlage einer Aufnahmeanordnung durch die obersten Landesbehörden. Nach der aktuellen Regelung bedarf es für eine solche Anordnung der obersten Landesbehörde des Einvernehmens des Bundesinnenministeriums.

Mit dem Gesetzentwurf soll dieses Einvernehmenserfordernis des Bundesinnenministeriums im Rahmen von Aufenthaltsgewährungen durch die obersten Landesbehörden abgeschafft werden. Stattdessen soll das Aufenthaltsgesetz dahingehend geändert werden, dass für eine humanitäre Aufnahme künftig das Benehmen mit dem Bundesinnenministerium genügen würde.

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf nicht in den Deutschen Bundestag eingebracht.

TOP 23 Entschließung des Bundesrates zur Änderung des **Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstierverordnung**

In der Entschließung Hamburgs bekennt sich der Bundesrat zum Ziel, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Anzahl von Tierversuchen so gering wie möglich zu halten. Die Bundesregierung wird aufgefordert im Tierschutzrecht die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die vorgeschriebenen Kontrollintervalle erhöht werden und jedes Versuchsvorhaben einer Genehmigungspflicht unterworfen wird. Darüber hinaus soll die Ausnahmeregelung für Tierschutzbeauftragte mit einem anderem als einem veterinärmedizinischen Hochschulabschluss zukünftig entfallen. Einrichtungen oder Betriebe, in dem Tierversuche durchgeführt werden, sollen grundsätzlich verpflichtet werden, kontinuierlich Maßnahmen und Verfahren zur Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch leisten zu müssen und diese an geeigneter Stelle zu veröffentlichen.

Der Bundesrat hat die Entschließung dem Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz federführend sowie dem Ausschuss für Kulturfragen mitberatend zugewiesen.

TOP 88 Entschließung des Bundesrates zur **Herausnahme der Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinderchirurgie aus dem Fallpauschalensystem in der Krankenhausfinanzierung**

Mit dem Entschließungsantrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Sachsen-Anhalt wird die Bundesregierung aufgefordert, unter Einbeziehung der Selbstverwaltungsorgane im Gesundheitswesen ein System für eine flächendeckende stationäre pädiatrische sowie eine kinderchirurgische Versorgung außerhalb des Fallpauschalensystems im 4. Quartal 2020 zu entwickeln, welches eine auskömmliche Finanzierung und die erhöhten Qualitäts- und Personalbedarfe in der Geburtsmedizin einschließt.

Der Bundesrat hat den Entschließungsantrag dem Gesundheitsausschuss zur Beratung zugewiesen.

C. Gesetzentwürfe der Bundesregierung

TOP 32 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (**Arbeitsschutzkontrollgesetz**)

Mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetzentwurf reagiert die Bundesregierung auf die Corona-Ausbrüche in mehreren Schlachtbetrieben und setzt das vom Bundeskabinett beschlossene Eckpunktepapier zum „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ um. So soll eine Mindestbesichtigungsquote von 5 Prozent für Betriebskontrollen im Arbeitsschutz bis 2026 eingeführt und bundeseinheitliche Kriterien für Betriebsbesichtigungen festgelegt werden. Der Anwendungsbereich des Arbeitsstättenrechts wird branchenübergreifend auch auf Unterkünfte außerhalb des Betriebsgeländes erweitert und somit die verbreiteten Gemeinschaftsunterkünfte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Saisonarbeitskräfte zukünftig hiervon erfasst. Für den Kernbereich der Fleischwirtschaft (Schlachtung einschließlich Zerlegung sowie die Fleischverarbeitung) soll ein Werkvertragsverbot eingeführt werden. Zudem soll in der Fleischindustrie die Aufzeichnung der Arbeitszeit elektronisch erfolgen, um den erheblichen Verstößen im Bereich des Arbeitszeitrechts Rechnung zu tragen. Darüber hinaus werden einschlägige Bußgeldrahmen erhöht.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf umfangreich Stellung genommen. Er fordert unter anderem eine bessere Beteiligung der Länder bei der in Länderzuständigkeit liegenden Betriebsüberwachung sowie im neu gegründeten Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit. Zudem sollen auch arbeitnehmerähnliche Personen von dem DirektEinstellungsgebot erfasst werden. Die aufzuzeichnende Arbeitszeit soll ausdrücklich auch das Empfangen, Abgeben und Aufrüsten von Arbeitsmitteln sowie das An- und Ablegen von Schutzkleidung erfassen.

TOP 39 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (**Zweites Familienentlastungsgesetz** - 2. FamEntlastG)

Alle zwei Jahre legt die Bundesregierung einen Existenzminimumbericht sowie einen Steuerprogressionsbericht vor. Darin wird dargelegt, wie sich das Existenzminimum der Kinder und Familien sowie der Familienleistungsausgleich entwickelt haben. Um Familien wirtschaftlich weiter zu stärken, werden mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetz die Regelungen nun für die Jahre 2021 und 2022 angepasst. Das Ziel ist, Familienleistungen zu verbessern, mit steigenden Preisen verbundene höhere Existenzminima steuerpflichtiger Personen und ihrer Kinder zu berücksichtigen und die Wirkung der sogenannten kalten Progression bei der Einkommensteuer auszugleichen. Zudem werden sowohl das Kindergeld ab 2021 um 15 Euro pro Monat erhöht als auch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechend angepasst.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs in einer Stellungnahme auf einige finanzielle Aspekte hingewiesen und die Bundesregierung unter anderem gebeten, den sich ergebenden automationstechnischen Umstellungsaufwand zu beziffern sowie Aufwendungen in Zusammenhang mit der Unterbringung volljähriger Kinder umfassender steuerlich zu begünstigen.

TOP 46 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der **Integrität in der Wirtschaft**

Der zustimmungsbedürftige Gesetzentwurf bezweckt eine grundlegende Neuregelung des Rechts der Verbandssanktionen. Er verfolgt das Ziel, die Sanktionierung von Verbänden, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, auf eine eigenständige gesetzliche Grundlage zu stellen, den Verfolgungsbehörden und Gerichten ein ausreichend scharfes und zugleich flexibles Sanktionsinstrumentarium an die Hand zu geben und erstmals verbandsspezifische Zumessungskriterien sowie ein Verbandssanktionenregister zu schaffen. Das bisher im Ordnungswidrigkeitenrecht nur rudimentär geregelte Verbandsverfahren wird neu geordnet. Verbandsspezifische Einstellungsvorschriften gewährleisten die in der Praxis erforderliche Verfolgungsflexibilität und erlauben insbesondere die Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen. Auch die Mitwirkung des Verbandes am Verfahren durch Durchführung interner Untersuchungen wird geregelt und mit Sanktionsmilderungen verbunden.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs eine Stellungnahme beschlossen, in der er unter anderem die Bundesregierung um Prüfung bittet, inwieweit die vorgesehenen Sanktionen für kleinere oder mittlere Unternehmen (KMU) verhältnismäßig ausgestaltet sind, ob die Verfolgung von Auslandstaten einer Einschränkung bedarf, die Verbandsverantwortlichkeit nur bei schuldhaftem Unterlassen von Vorkehrungen durch die Leitungsperson erfolgen sollte, die Höhe der Verbandssanktion in Fällen der Rechtsnachfolge beschränkt werden und die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung gestrichen werden sollte. Darüber hinaus werden sprachliche Anpassungen und Regelungen zum Absehen der Verfolgung bei Zahlungsunfähigkeit sowie Einstellung von Verfahren mangels funktionierender Rechtshilfe angeregt.

TOP 51 Entwurf eines Gesetzes zur **Beschleunigung von Investitionen**

Ziel des zustimmungsbedürftigen Gesetzentwurfs ist die Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses aus dem März 2020. Dafür ist eine Reihe von beschleunigenden Maßnahmen vorgesehen. Im Zentrum steht die Verkürzung des verwaltungsgerichtlichen Instanzenzugs für Streitigkeiten, die bestimmte infrastrukturelevante Planfeststellungsverfahren zum Gegenstand haben. Zudem sind Regelungen zur gesetzlichen Anordnung des Sofortvollzugs für die Zulassung von Infrastrukturvorhaben von überregionaler Bedeutung enthalten. Daneben wird auch die Freistellung von der Genehmigungspflicht für die Elektrifizierung von Schienenstrecken und weiterer kleiner Baumaßnahmen, z.B. die Erhöhung oder Verlängerung von Bahnsteigen geregelt. Der Komplex der Schienenförderung wird ergänzt durch eine Spezialregelung für die Modernisierung und Digitalisierung von Schienenwegen. Davon losgelöst sieht der Gesetzentwurf die gesetzliche Anordnung des Sofortvollzugs für die Zulassung von Windenergieanlagen an Land vor.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme abgegeben. So fordert er, dass beim Hafenausbau auch Planfeststellungsverfahren nach speziellen landesrechtlichen Vorschriften von der Verfahrensbeschleunigung erfasst werden sollen. Die Durchführung bereits bestehender Vorhaben soll auch bei partiellen Planergänzungen sichergestellt werden. Hinsichtlich der Änderungen im Raumordnungsgesetz ist sicherzustellen, dass die Aarhus-Konvention und die Richtlinie über Umweltverträglichkeitsprüfungen vollständig zur Anwendung gebracht werden. Zudem hält der Bundesrat es für geboten, dass die für das Allgemeine Eisenbahngesetz vorgesehenen Regelungen sinngemäß auch in das Personenbeförderungsgesetz aufgenommen werden.

D. Verordnungen der Bundesregierung

TOP 64 Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die **Durchführung von Stützungsregelungen und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems** (InVeKoS-Verordnung)

Durch die vorliegende Verordnung werden Verweise auf die geänderte EU-Durchführungsverordnung angepasst. Zudem wird die Zusammenarbeit der Länder im Hinblick auf die Kontrollen der antragsstellenden Betriebe und deren Flächen bei länderübergreifenden Sachverhalten gesetzlich normiert. Bisher erfolgte die länderübergreifende Kontrolle im Wege der Amtshilfe.

Der Bundesrat hat der Verordnung nach Maßgabe mit den Stimmen Hamburgs zugestimmt. Auf Antrag Schleswig-Holsteins wurde diese Verordnung zum Anlass genommen mit einer Maßgabe auch einen Formfehler bezüglich der Kastenstandhaltung von Sauen in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zu bereinigen. Inhaltlich geht es um die Festlegung der Mindestgröße von sogenannten Abferkelbuchten auf 6,5 m² bei der Sauenhaltung, also um den Platz, den einer Sau im Stall beim Abferkeln mindestens zur Verfügung stehen muss.

TOP 75 ... Verordnung zur Änderung **straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**

Die Verordnung dient im Wesentlichen zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr in nationales Recht. Zudem werden Anforderungen für die Genehmigung und Zulassung landwirtschaftlicher Zugmaschinen in der StVZO angepasst. Daneben werden Vorgaben zur Anerkennung von Kfz-Werkstätten für die Durchführung der Hauptuntersuchung umgesetzt. Für Verstöße, die im Zusammenhang mit Änderungen am Fahrzeug stehen, welche zum Erlöschen der Betriebserlaubnis führen, werden Bußgeldregelsätze in die Bußgeldkatalog-Verordnung neu aufgenommen.

Des Weiteren sollen Formfehler der StVO-Novelle aus dem Februar 2020 korrigiert werden.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs der Verordnung nach Maßgabe zugestimmt. Diese Maßgaben umfassen verschiedene Änderungen in Detailfragen der Zulassung bestimmter Fahrzeuge und Systeme. Daneben sind notwendige redaktionelle Korrekturen in der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr erfolgt. Zudem hat der Bundesrat Regelungen für die Kennzeichnung bestimmter Fahrzeugtypen, für die Datenübermittlung in Zulassungsfragen sowie für die Gleichbehandlung von Technischer Prüfstelle und Technischen Diensten beschlossen.

E. EU-Vorlage

TOP 58 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Eine **Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa**

In der Mitteilung zur Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa werden die Vorstellungen der Kommission dargelegt, wie Wasserstoff bis zum Jahr 2050 zur Erreichung eines dekarbonisierten europäischen Energiesystems beitragen kann und zur Erschließung der großen industriepolitischen Chancen von Wasserstofftechnologien für europäische Unternehmen dienen soll. So soll klimafreundlicher Wasserstoff mit Hilfe von EU-Geldern bis 2030 wettbewerbsfähig werden und die Energiewende in Europa voranbringen. Bis 2024 soll die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien mit öffentlicher Unterstützung auf bis zu eine Million Tonnen wachsen, bis 2030 dann auf zehn Millionen Tonnen. Darüber hinaus biete erneuerbarer Wasserstoff eine einzigartige Gelegenheit für Forschung und Innovationen und ermögliche es so, die technologische Spitzenposition Europas zu erhalten und auszubauen und entlang der gesamten Wertschöpfungskette überall in der EU Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zu der Mitteilung eine Stellungnahme abgegeben. So bittet er die Bundesregierung das Instrument Important Projects of Common European Interest (IPCEI) zügig und im Sin-

ne des Aufbaus einer grenzüberschreitenden Wasserstoffwirtschaft umfassend zu nutzen. Damit sauberer Wasserstoff eine Chance auf Konkurrenzfähigkeit am Markt hat, sollen auf nationaler und europäischer Ebene effektive Förderregelungen für Wasserstoff auf Produzenten-, Vertreiber- und Verbraucherseite sehr zeitnah installiert werden. Erforderlich sei es, noch in diesem Jahr ein Grundgerüst für die Standardisierung und Zertifizierung der verschiedenen Wasserstofftypen einzuführen, die für den Aufbau von grenzüberschreitenden Kooperationen zwingend notwendig sind. Aufgrund der begrenzten Erzeugungspotenziale von heimischem grünen Wasserstoff sind durch Ausgestaltung von internationalen Energiepartnerschaften und Lieferketten geeignete Rahmenbedingungen für den Import von Wasserstoff zu schaffen.